

Wahlverhalten verschiedener Bevölkerungsgruppen bei der Landtagswahl 1968

– Ergebnisse der Repräsentativen Landtagswahlstatistik –

Das Ergebnis der Wahl zum fünften Landtag von Baden-Württemberg am 28. April 1968 ist allgemein mit einiger Überraschung aufgenommen worden. Schon bald nach der Schließung der Wahllokale zeichnete sich deutlich ab, daß der Wahlgang in der politischen Szenerie einige nicht unbedeutende Veränderungen gebracht hatte – Anlaß genug für die vielfältigsten Diskussionen und Spekulationen. Fast zwangsläufig bildeten hierfür subjektive Meinungen und Urteile die Grundlage, da sich aus den allgemeinen Wahlergebnissen nur in begrenztem Maße Schlüsse auf die Gründe für einen Wahlausgang ziehen lassen. Diesem Mangel wenigstens teilweise abzuwehren ist die amtliche Statistik dank einer besonderen Erhebung über das Wahlverhalten der Bevölkerung in der Lage. Der Gesetzgeber hat sie nämlich in Art. 53 des Landtagswahlgesetzes beauftragt, *Statistiken über die Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler unter Berücksichtigung ihrer Stimmabgabe* zu erstellen. Diese als Repräsentativstatistik angelegte Erhebung wurde 1964 erstmals bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg durchgeführt und 1968 in verbesserter Form wiederholt. Vor der Interpretation der Ergebnisse seien zum besseren Verständnis der Auswertungen wie auch zur Vermeidung immer wieder vorkommender Mißverständnisse einige Erläuterungen zur Erhebungsmethode gegeben.

Vorbereitung und Durchführung der Repräsentativen Landtagswahlstatistik 1968

In die Wahlstichprobe 1968 wurden 141 Wahlbezirke einbezogen, die sich auf 57 der 70 Wahlkreise verteilen. Untersuchungen hatten ergeben, daß die 1965 getroffene Auswahl von Stichprobenwahlbezirken für die Repräsentative Bundestagswahlstatistik auch für die Stichprobe anläßlich der Landtagswahl 1968 verwendbar war; insoweit konnte ein nicht unbeträchtlicher Arbeitsaufwand eingespart werden. Der Bestimmung der Stichprobenwahlbezirke 1965 lag eine geschichtete Zufallsauswahl zugrunde; Schichtungsmerkmale waren sieben Gemeindegrößenklassen nach dem Stand von Anfang 1965 und innerhalb dieser eine Kombination von sieben Gruppen des SPD- und drei Gruppen des FDP/DVP-Zweitstimmenanteils bei der Bundestagswahl 1961 sowie schließlich von drei Gruppen des Anteils der evangelischen Bevölkerung nach dem Stand der Volkszählung 1961. Änderungen der Wahlbezirkseinteilung seit 1965 wurden entsprechend berücksichtigt. Die Ermittlung der Ergebnisse der Repräsentativen Landtagswahlstatistik 1968 war wie folgt geregelt:

a) Die Feststellungen über die *Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten und Wähler* waren von den Gemeinden an Hand der Eintragungen in den Wählerverzeichnissen unter Berücksichtigung der genauen Anordnungen des Statistischen Landesamts zu treffen. Insgesamt wurden neun Altersgruppen unterschieden, und zwar Männer bzw. Frauen im Alter von 21 bis 24, 25 bis 29, 30 bis 34, 35 bis 39, 40 bis 44, 45 bis 49, 50 bis 59, 60 bis 69 sowie 70 oder mehr Jahren. Für jede dieser 18 Gruppen waren auszuführen Wähler mit Stimmabgabevermerk (ohne Wähler mit Wahlschein), Nichtwähler (Wahlberechtigte ohne Stimmabgabe – oder Wahlscheinvermerk) und Wahlberechtigte mit Wahlscheinvermerk. Die Wähler mit Wahlschein konnten deswegen nicht berücksichtigt werden, weil sie ihr Wahlrecht nur in Ausnahmefällen im heimischen Wahlbezirk ausüben bzw. weil nicht zu erwarten war, daß die in die Erhebung einbezogenen Wahlberechtigten mit Wahlschein in der Masse oder wenigstens weit überwiegend in einem Stichprobenwahlbezirk wählen. Demnach ist es zwar möglich, die Wahlberechtigten insgesamt und darunter diejenigen mit Wahlschein sowie die Wähler ohne Wahlschein in der Gliederung nach Geschlecht und Altersgruppen nachzuweisen; bei der Berechnung geschlechts- und altersspezifischer Wahlbeteiligungsquoten müssen indessen die Wahl-

scheininhaber außer Betracht bleiben. Angesichts der relativ geringen Anzahl von Wählern mit Wahlschein – 1968 waren es 3,9% der Gesamtzahl – ist eine Beeinträchtigung der Aussagekraft der wahlstatistischen Ergebnisse nicht gegeben.

b) Die Auszählungen über die *Stimmabgabe für die einzelnen Wahlvorschläge nach Geschlecht und Altersgruppen der Wähler* wurden vom Statistischen Landesamt selbst an Hand der mit Unterscheidungsaufdruck versehenen Wahlzettel der Stichprobenwahlbezirke vorgenommen. Aus dem Unterscheidungsaufdruck ging hervor, ob es sich bei dem Wähler um einen Mann oder eine Frau handelte und zu welcher der vier Altersgruppen 21 bis 29, 30 bis 44, 45 bis 59 sowie 60 oder mehr Jahre der Wähler gehörte (beispielsweise lautete der auf Geburtsjahrgruppen abgestellte und durch Kennbuchstaben verdeutlichte Aufdruck wie folgt: A. Mann, geboren 1939 bis 1947). Da jede der insgesamt acht Wählergruppen in jedem Stichprobenwahlbezirk viele Personen umfaßte, konnte auf die Stimmabgabe eines einzelnen Wählers in keinem Fall geschlossen werden. Das Wahlgeheimnis wurde also strikt gewahrt. Bei den Auszählungen über die Stimmabgabe blieben die Briefwähler unberücksichtigt, weil die Einbeziehung dieses Wählerkreises im Hinblick auf die Wahrung des Wahlgeheimnisses unvermeidbaren technischen Aufwand erfordert hätte. Es verbleiben demnach die Wähler ohne und mit „einfachem“ Wahlschein, deren Stimmabgabe sich allerdings von der der Briefwähler in gewissen Grenzen unterscheidet.

Was die Zuverlässigkeit der repräsentativ gewonnenen Ergebnisse angeht, so kann auf eine gute Übereinstimmung zwischen den Resultaten dieser besonderen und der allgemeinen Landtagswahlstatistik hingewiesen werden, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

Bezeichnung	Wahlbeteiligung ¹⁾	Stimmenanteil der				
		CDU	SPD	FDP/DVP	DL	NPD
		%				
Totalauswertung ²⁾	70,1	44,0	29,2	14,3	2,3	9,9
Dagegen Stichprobe ³⁾	70,8	44,2	29,1	14,3	2,0	10,0

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Inhaber von Wahlscheinen. — ²⁾ Ohne Ergebnis der Briefwahl. — ³⁾ Originalwerte.

Unter Berücksichtigung der jeder Stichprobe anhaftenden Fehlerbreite ist die Repräsentative Landtagswahlstatistik 1968 demnach als gelungen zu bezeichnen. Ihr besonderer Wert ist darin zu sehen, daß sie auf das tatsächliche Wahlverhalten abhebt und nicht auf Aussagen darüber. Trotz der verhältnismäßig breiten Zahlenbasis, die nicht zuletzt durch die besondere Sorgfaltspflicht der amtlichen Statistik geboten ist, hat die Repräsentative Landtagswahlstatistik außerdem den Vorteil, daß man mit ihrer Hilfe relativ rasch zu Aussagen über das Wahlverhalten von Bevölkerungsgruppen kommen kann, die in dieser Statistik nicht primär untersucht werden. Die Anlage der Erhebung erlaubt es nämlich, durch entsprechende Zusammenfassung von Ergebnissen aus Stichprobenwahlbezirken das Wahlverhalten der städtischen und ländlichen Bevölkerung, der evangelischen und katholischen Wähler sowie der bauerlichen Bevölkerung darzustellen: ein nicht unwesentliches Nebenprodukt.

Insgesamt waren von der Wahlstichprobe 124 234 Wahlberechtigte und 85 431 Wähler (ohne Briefwähler) erfaßt, das sind 2,2% der jeweiligen Gesamtzahl (Auswahlsatz). Um von den Stichprobenwerten zu voll vergleichbaren Totalzahlen für die Wahljahre 1968 und 1964 zu kommen, wurden die Repräsentativergebnisse an die aus der allgemeinen Landtagswahlstatistik bekannten Randwerte angepaßt und mit den sich ergebenden effektiven Auswahlätzen reziprok hochgerechnet, das heißt multipliziert.

Das allgemeine Wahlergebnis¹⁾ als Ausgangspunkt für die Untersuchungen

An der Landtagswahl 1968 nahmen sieben Parteien teil, nämlich die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Freie Demokratische Partei/Demokratische Volkspartei (FDP/DVP), die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die Demokratische Linke (DL), die Freisoziale Union (FSU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD). Außer CDU, SPD und FDP/DVP handelt es sich bei den übrigen vier Parteien um solche, die 1968 erstmals an einer Landtagswahl in Baden-Württemberg – zumindest unter der jetzigen Bezeichnung – teilnahmen, so daß Vergleiche zum Ergebnis von 1964 nur in begrenztem Umfang möglich sind.

Wahlberechtigt waren 5,61 Mill. Personen, an Wählern zählte man 3,97 Mill., das entspricht einer Wahlbeteiligung von 70,7 % gegenüber 67,7 % im Jahr 1964. Ungültig waren 85 900 Stimmen oder 2,2 % aller abgegebenen Stimmen; 1964 waren es 2,3 %. Von den 3,88 Mill. gültigen Stimmen entfielen auf die CDU 1,72 Mill., das sind 46 600 Stimmen (2,8 %) mehr als 1964. Da jedoch – bedingt vor allem durch die höhere Wahlbeteiligung – die Gesamtzahl der gültigen Stimmen um 7,3 % und damit fast dreimal so stark zunahm, fiel der Stimmenanteil der CDU von 46,2 % (1964) auf 44,2 % zurück. Die SPD verlor 225 600 Stimmen, rund ein Sechstel der Stimmenzahl von 1964, und kam mit 1,12 Mill. Stimmen auf 29,0 % gegenüber 37,3 % in 1964. Die FDP/DVP übertraf mit 560 100 Stimmen das Ergebnis von 1964 um 87 700 oder ein knappes Fünftel; ihr Stimmenanteil stieg von 13,1 % auf 14,4 %. Als viertstärkste Partei erwies sich die NPD, die 381 600 Stimmen auf sich vereinigte und mit 9,8 % knapp unter einem Zehntel aller Stimmen blieb. Auf die DL entfielen 88 200 Stimmen (2,3 %), auf die AUD 11 000 (0,3 %) und auf die FSU 441. Ein Einzelbewerber im Wahlkreis Konstanz I erhielt 318 Stimmen.

Nach den wahlgesetzlichen Bestimmungen erlangten die CDU 60 Mandate (1964: 59), die SPD 37 (47), die FDP/DVP 18 (14) und die NPD 12 (–). Die Zahl der Sitze im Landtag erhöhte sich durch fünf Überhangmandate der CDU und je ein Ausgleichsmandat der SPD und der FDP/DVP um sieben auf 127. Der Landtag trat am 11. Juni 1968 zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Wahl des Landtagspräsidenten (CDU) zusammen, dem zwei Stellvertreter von SPD und FDP/DVP zur Seite stehen. Am Tage darauf folgte die Wahl des Ministerpräsidenten, den wiederum die CDU stellt; dem ebenfalls an diesem Tage vereidigten Kabinett gehören weiterhin je vier Minister der CDU und SPD sowie ein Staatssekretär für Vertriebenenfragen (CDU) an.

Geschlechts- und Altersgliederung der Wahlberechtigten

Von den 5,61 Mill. Wahlberechtigten waren 2,53 Mill. Männer und 3,08 Mill. Frauen. Die Anteile der männlichen und weiblichen Wahlberechtigten an der Gesamtzahl betrugen demnach 45,2 % und 54,8 %. Insgesamt gab es unter den Wahlberechtigten rund 544 000 mehr Frauen als Männer, eine Zahl, die weit über der Hälfte aller Wahlberechtigten im Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern liegt. Noch deutlicher läßt sich das Übergewicht der Frauen mit der sogenannten Geschlechterproportion veranschaulichen, wonach auf je 1000 männliche Wahlberechtigte 1215 weibliche und damit ein gutes Fünftel mehr kamen. Bei der Gesamtbevölkerung ist das Übergewicht der Frauen (1000 : 1093) nur etwa halb so groß; die Differenz ist vor allem mit den nicht wahlberechtigten Ausländern zu erklären, von denen nur rund 30 % weiblichen Geschlechts sind.

In den einzelnen Altersgruppen gab es recht beachtliche Abweichungen von der durchschnittlichen Geschlechterproportion der Wahlberechtigten. Bis zum Altersjahr 34 waren die Männer sogar in der Mehrzahl, in der Altersgruppe 35 bis 39 Jahre war das Geschlechterverhältnis in etwa ausgeglichen und in der Gruppe 40 bis 44 noch unterdurchschnittlich; erst ab dem Altersjahr 45 lag die Proportion sehr deutlich über der Durchschnittsziffer. Die Ursachen dieser Differenzierung sind unterschiedlicher Art. In den in das wahlberechtigte Alter einlaufenden Altersgruppen ist der „normale“ Geschlechterproportion noch erhalten, in den mittleren wirken sich vornehmlich die Kriegsverluste an Männern aus und in den höheren in zunehmendem Maße auch die vergleichsweise größere Lebenserwartung der Frauen.

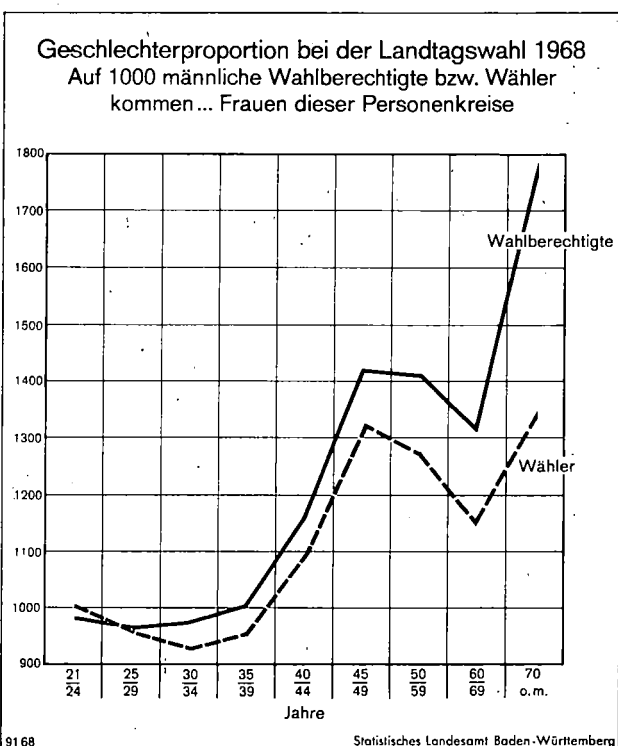
Was die Altersgliederung der Wahlberechtigten angeht, so waren rund 332 000 Personen oder knapp 6 % der Gesamtzahl erstmals bei einer Landtagswahl zum Gang zur Wahlurne aufgerufen. Zur jüngeren Generation sind außer den 21- bis 24-jährigen Wahlberechtigten auch die 1929 bis 1943 Geborenen (im Zeitpunkt der Wahl 25 bis 39 Jahre alt) zu rechnen, deren Zahl sich auf 1,84 Mill. (32,8 %) belief. Insgesamt 1,65 Mill. Wahlberechtigte im Alter von unter 35 Jahren – knapp 30 % der Gesamtzahl – haben den zweiten Weltkrieg und auch weitgehend die davor liegende Epoche des „Dritten Reiches“ nicht oder wenigstens kaum mit größerem Bewußtsein erlebt. Über 40 Jahre alt waren im Zeitpunkt der Wahl 3,44 Mill. Personen, darunter 2,82 Mill. im Alter von 40 bis 69 Jahren, die mit die Hauptlast des letzten Krieges trugen, und 618 000 Menschen, für die in der Mehrzahl der Lebensabend bereits begonnen hat.

Ziemlich unterschiedliche Wahlbeteiligung

Im Schnitt beteiligten sich von 100 Wahlberechtigten 71 an der Wahl, wie auch das Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik zeigt. Nach dem Resultat der Repräsentativauswertungen unterscheiden sich hiervon die Beteiligungsquoten der Männer und Frauen sowie der einzelnen Altersgruppen nicht unerheblich. So betrug die Wahlbeteiligungsziffer der Männer 73,8 %, die der Frauen aber „nur“ 68,2 %. Diese geringere Quote der Frauen verminderte deren Stimmengewicht gegenüber der bereits genannten Geschlechterproportion bei den Wahlberechtigten. Kamen bei der letztgenannten Gruppe auf 1000 Männer 1215 Frauen, so waren es bei den Wählern lediglich

Ziemlich unterschiedliche Wahlbeteiligung

Im Schnitt beteiligten sich von 100 Wahlberechtigten 71 an der Wahl, wie auch das Ergebnis der allgemeinen Wahlstatistik zeigt. Nach dem Resultat der Repräsentativauswertungen unterscheiden sich hiervon die Beteiligungsquoten der Männer und Frauen sowie der einzelnen Altersgruppen nicht unerheblich. So betrug die Wahlbeteiligungsziffer der Männer 73,8 %, die der Frauen aber „nur“ 68,2 %. Diese geringere Quote der Frauen verminderte deren Stimmengewicht gegenüber der bereits genannten Geschlechterproportion bei den Wahlberechtigten. Kamen bei der letztgenannten Gruppe auf 1000 Männer 1215 Frauen, so waren es bei den Wählern lediglich



¹⁾ Vgl. hierzu auch den Statistischen Bericht B III 2 vom 16. Juli 1968 mit den endgültigen Ergebnissen der Landtagswahl 1968 in den Wahlkreisen und Regierungsbezirken.

Tabelle 1 Wahlberechtigte, Wähler sowie Wahlbeteiligung nach Geschlecht und Altersgruppen bei den Landtagswahlen 1968 und 1964

Bezeichnung	Wahljahr Veränderung	Einheit	Wahlberechtigte bzw. Wähler im Alter von ... Jahren									
			ins- gesamt									
				21-24	25-29	30-34	35-39	40-44	45-49	50-59	60-69	70 oder mehr
Männer												
Wahlberechtigte insgesamt	1968	1000 %	2 534,3 100	167,5 6,6	345,5 13,6	323,0 12,7	261,9 10,3	243,1 9,6	212,7 8,4	369,3 14,6	386,5 15,3	224,7 8,9
	1964	1000 %	2 488,3 100	227,4 9,1	352,1 14,2	527,9 21,2		359,4 14,4		457,8 18,4	353,3 14,2	210,4 8,5
	Veränderung	1000 %	46,0 1,8	-59,9 -26,3	-6,6 -1,9	57,0 10,8		96,4 26,8		-88,5 -19,3	33,2 9,4	14,3 6,8
Wähler ohne Wahlschein	1968	1000 %	1 803,0 100	88,7 4,9	207,9 11,5	223,4 12,4	192,9 10,7	186,5 10,3	164,1 9,1	289,6 16,1	296,9 16,5	153,0 8,5
	1964	1000 %	1 715,3 100	119,9 7,0	208,2 12,1	361,0 21,0		261,6 15,3		348,1 20,3	271,8 15,8	144,7 8,4
	Veränderung	1000 %	87,7 5,1	-31,2 -26,0	-0,3 -0,1	55,3 15,3		89,0 34,0		-58,5 -16,8	25,1 9,2	8,3 5,7
Wahlbeteiligung ¹⁾	1968	%	73,8	55,7	62,6	71,1	75,5	78,6	79,6	81,3	79,8	72,9
	1964	%	70,6	54,3	60,4	69,6		74,1		77,6	78,8	72,4
	Veränderung	%	4,5	2,6	3,6	5,0		6,7		4,8	1,3	0,7
Frauen												
Wahlberechtigte insgesamt	1968	1000 %	3 078,0 100	164,3 5,3	333,2 10,8	314,3 10,2	263,0 8,5	281,7 9,2	301,5 9,8	520,1 16,9	506,7 16,5	393,2 12,8
	1964	1000 %	2 982,7 100	211,4 7,1	330,6 11,1	527,4 17,7		499,5 16,7		595,7 20,0	463,9 15,6	354,2 11,9
	Veränderung	1000 %	95,3 3,2	-47,1 -22,3	2,6 0,8	49,9 9,5		83,7 16,8		-75,6 -12,7	42,8 9,2	39,0 11,0
Wähler ohne Wahlschein	1968	1000 %	2 014,4 100	88,9 4,4	199,2 9,9	207,7 10,3	183,8 9,1	203,6 10,1	216,6 10,8	367,7 18,3	342,3 17,0	204,6 10,2
	1964	1000 %	1 883,9 100	113,6 6,0	190,3 10,1	345,9 18,4		340,3 18,1		410,7 21,8	306,1 16,2	177,0 9,4
	Veränderung	1000 %	130,5 6,9	-24,7 -21,7	8,9 4,7	45,6 13,2		79,9 23,5		-43,0 -10,5	36,2 11,8	27,6 15,6
Wahlbeteiligung ¹⁾	1968	%	68,2	56,5	61,9	68,1	71,8	74,4	74,2	73,3	70,6	56,7
	1964	%	64,9	54,8	58,7	66,4		69,4		70,6	67,8	53,9
	Veränderung	%	5,1	3,1	5,5	5,1		7,1		3,8	4,1	5,2
Männer und Frauen												
Wahlberechtigte insgesamt	1968	1000 %	5 612,2 100	331,8 5,9	678,7 12,1	637,3 11,4	524,9 9,4	524,8 9,4	514,3 9,2	889,4 15,8	893,2 15,9	617,9 11,0
	1964	1000 %	5 471,0 100	438,8 8,0	682,7 12,5	1 055,3 19,3		858,9 15,7		1 053,5 19,3	817,2 14,9	564,6 10,3
	Veränderung	1000 %	141,2 2,6	-107,0 -24,4	-4,0 -0,6	106,9 10,1		180,2 21,0		-164,1 -15,6	76,0 9,3	53,3 9,4
Wähler ohne Wahlschein	1968	1000 %	3 817,4 100	177,6 4,7	407,0 10,7	431,1 11,3	376,7 9,9	390,1 10,2	380,7 10,0	657,2 17,2	639,2 16,7	357,6 9,4
	1964	1000 %	3 599,2 100	233,5 6,5	398,5 11,1	706,9 19,6		601,9 16,7		758,8 21,1	578,0 16,1	321,6 8,9
	Veränderung	1000 %	218,2 6,1	-55,9 -23,9	8,5 2,1	100,9 14,3		168,9 28,1		-101,6 -13,4	61,2 10,6	36,0 11,2
Wahlbeteiligung ¹⁾	1968	%	70,8	56,1	62,3	69,7	73,7	76,3	76,4	76,6	74,6	62,7
	1964	%	67,5	54,6	59,6	68,0		71,4		73,6	72,6	60,9
	Veränderung	%	4,9	2,7	4,5	5,1		7,0		4,1	2,8	3,0

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahrschein.

1117; das heißt mit anderen Worten, das zahlenmäßige Übergewicht der Frauen wurde durch deren Wahlverhalten auf ein Zehntel reduziert bzw. halbiert. Trotzdem ist die verbleibende Überzahl von erheblicher Bedeutung für den Wahlausgang allgemein wie auch im besonderen für die Parteien, die relativ am meisten Stimmen von Frauen bekommen.

Die vergleichsweise geringere Wahlbeteiligung der Frauen war mit Ausnahme der sogenannten Erstwähler, für die nahezu gleiche Quoten ermittelt wurden, bei allen übrigen Altersgruppen zu beobachten. Bemerkenswerterweise wird der Abstand beider Quoten mit aufsteigender Ordnung der Altersgruppen immer größer, und zwar bedingt dadurch, daß die

altersspezifische Wahlbeteiligung bei den Männern bis zur Altersgruppe 50 bis 59 Jahre eine steigende Tendenz aufweist, während bei den Frauen der ohnedies in nicht ganz so starker Progression erreichte Höchstwert bereits bei der Altersgruppe 40 bis 44 Jahre gegeben war. Der Grund für diese mit dem Alter zunehmend größere Differenz dürfte nicht zuletzt in dem mit höherem Alter wachsenden Anteil der nicht bzw. nicht mehr im Familienverband lebenden Frauen zu suchen sein. Allgemein wird man nicht unbedingt von einem sehr viel, geringeren politischen Engagement der Frauen sprechen dürfen, schon wenn man bedenkt, daß die Zunahme der Wahlbeteiligung 1968 gegenüber 1964 bei den Frauen fast in allen Altersgruppen höher war als bei den Männern. Das gilt in gewissem Maße auch für die Jungwähler, denen man oft Desinteresse an politischen Wahlen nachsagt. Gewiß war die Beteiligungsquote der 21- bis 24jährigen mit 56,1 % und der 25- bis 29jährigen mit 62,3 % weit unterdurchschnittlich, doch hat auch bei diesen Altersgruppen die Quote gegenüber 1964 zugenommen. Im übrigen ist bei diesen sogenannten mobilen Jahrgängen nicht auszuschließen, daß die Wahlbeteiligungsziffer in der Repräsentativauswertung etwas zu gering erscheint, weil nur die Beteiligung der Wahlberechtigten ohne Wahlschein ermittelt werden kann. Gerade bei diesen Altersgruppen ist indessen der Anteil der Wahlscheininhaber, die nach der allgemeinen Wahlstatistik zu über 90 % tatsächlich auch wählen, verhältnismäßig groß.

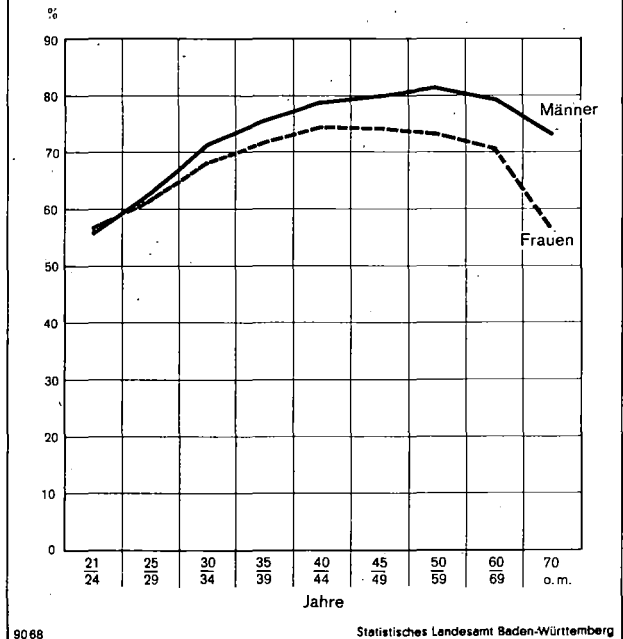
Zusammengefaßt war 1968 tendenziell dieselbe geschlechts- und altersspezifische Abstufung der Wahlbeteiligungsziffern wie 1964 festzustellen. Der Unterschied besteht in der generell höheren Wahlbeteiligung und in der Verminderung der Abstandsquoten zwischen Männern und Frauen. Das heißt anders ausgedrückt, daß das Stimmengewicht bzw. der Einfluß der Frauen auf den Ausgang der Wahl noch etwas größer geworden ist. Dabei scheint es gerade an dieser Stelle notwendig, daran zu erinnern, daß im neugewählten Landtag das Zahlenverhältnis zwischen männlichen und weiblichen Abgeordneten 126 : 1 lautet. Im vierten Landtag waren unter 120 Abgeordneten immerhin noch fünf Frauen. Vielleicht ein Ansatzpunkt, bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen diesen Gesichtspunkten in Zukunft etwas mehr Raum zu geben.

Stark differenzierte Stimmabgabe²

Die an anderer Stelle bereits kurz erläuterten Ergebnisse der Landtagswahl 1968 sind gewissermaßen als Mittelwerte der Wahlentscheidung einzelner Bevölkerungsgruppen anzusehen. Zu Mittelwerten gehören begriffsnotwendig Einzelwerte, bei der Landtagswahlstatistik in erster Linie das Wahlverhalten der Männer und Frauen, untergliedert nach Altersgruppen. Der Klarheit der Darstellung wegen scheint es geboten, die folgende Betrachtung nach Parteien zu ordnen; bei allen Angaben bleibt das Ergebnis der Briefwahl aus den schon dargelegten Gründen unberücksichtigt.

Die CDU erhielt durchschnittlich 44,0 % der gültigen Stimmen, bei den Männern waren es 37,2 % oder stark ein Drittel, bei den Frauen 50,2 % oder etwa die Hälfte. Bei beiden Geschlechtern stimmten die Wähler im Alter von 21 bis 29 Jahren relativ mehr für die CDU als die Wähler im Alter von 30 bis 59 Jahren; am meisten Anklang fand diese Partei jedoch bei den Wählern über 60 Jahren, bei den Frauen dieser Altersgruppe konnte sie mit 55,3 % sogar die absolute Mehrheit verbuchen. Fast genau umgekehrt verhielt es sich bei der SPD, die im Durchschnitt auf 29,2 % kam, bei den Männern aber auf 31,4 % und damit ganz knapp auf ein Drittel, bei den Frauen hingegen mit 27,2 % gut auf ein Viertel. Andererseits wurde die SPD mehr gewählt von den Wählern zwischen 30 und 44 Jahren als von den jüngeren und vor allem von den älteren Wählern. Bei der SPD verschlechterte sich das Wahlergebnis durch das Votum der Frauen auf weniger als 30 %, während die CDU nur durch das Stimmengewicht der Frauen auf über 40 % kam. Dies zeigt sich auch in den Stimmengewichten der Männer und Frauen bei diesen beiden Par-

Geschlechts- und altersspezifische Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 1968



teien. Von allen CDU-Stimmen wurden 39,8 % von Männern abgegeben, von allen SPD-Stimmen aber 50,7 %.

Etwas ausgeglichener waren die Verhältnisse bei der FDP/DVP, die im Mittel 14,3 % der Stimmen erlangte. Von den Männern entschieden sich knapp 15 % für diese Partei, von den Frauen knapp 14 %. Relativ am meisten Anhänger hatte diese Partei bei den Wählern im Alter zwischen 21 bis 29 Jahren, etwas weniger bei den Wählern im Alter von 30 bis 59 Jahren und am wenigsten bei den Frauen über 60 Jahren. Unter der Gesamtzahl der FDP-Wähler waren die Frauen – bedingt durch die absolut größere Zahl – mit 50,8 % geringfügig in der Mehrzahl.

Die NPD erreichte durchschnittlich ein Zehntel aller Wählerstimmen; von den Männern stimmten 13,4 % für diese Partei, von den Frauen hingegen nur 6,8 %, eine ziemlich starke Diskrepanz also. Bemerkenswert erscheint besonders die Tatsache, daß die männlichen und weiblichen Wähler im Alter von 21 bis 29 Jahren etwa im selben Maße wie die über 60jährigen für diese Partei stimmten, während sich die Wähler im Alter von 30 bis 59 Jahren weit mehr für diese Partei entschieden. Es sei nicht unerwähnt, daß bei den männlichen Wählern zwischen dem 45. und 59. Altersjahr die NPD sogar vor der FDP/DVP drittstärkste Partei wurde; von 100 Stimmen dieser Wählergruppe entfielen nämlich 17 auf die NPD und „nur“ 14 auf die FDP/DVP (CDU 35, SPD 30). Insgesamt wurden 63,9 % der NPD-Stimmen von männlichen Wählern abgegeben, das ist der höchste Anteil an Männerstimmen überhaupt.

Auch die DL wurde von Männern (2,8 %) mehr gewählt als von Frauen (1,8 %). Es scheint, als ob diese Partei speziell die älteren männlichen Wähler anzusprechen vermochte; die Männer brachten der DL insgesamt 58,5 % der Stimmen ein. Um die angegebenen Anteile der Männer- und Frauenstimmen richtig werten zu können, sei noch die durchschnittliche Relation bei den Wählern überhaupt angegeben, die sich auf 47,2 % Männer- und 52,8 % Frauenstimmen bezieht. Tatsächlichen Vorteil von dem zahlenmäßigen Übergewicht der Frauenstimmen hatte also nur die CDU; SPD, NPD und DL brachte diese Überzahl nichts ein, es sei denn – bezogen auf die Stimmabgabe der Männer – geringere Stimmenanteile.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß die CDU relativ am häufigsten von den weiblichen und älteren Wählern gewählt

² Vgl. hierzu auch das Schaubild auf der ersten Umschlagseite.

Tabelle 2

Stimmabgabe nach Geschlecht und Altersgruppen der Wähler bei den Landtagswahlen 1968 und 1964

Bezeichnung	Wahljahr	Einheit	Männer						Frauen						Männer und Frauen					
			insgesamt	im Alter von ... Jahren					insgesamt	im Alter von ... Jahren					insgesamt	im Alter von ... Jahren				
				21-29	30-44	45-59	60 od. mehr			21-29	30-44	45-59	60 od. mehr			21-29	30-44	45-59	60 od. mehr	
Wähler ¹⁾	1968	1000	1 810,5	300,5	602,4	460,9	446,8	2 020,8	289,7	594,1	591,0	546,1	3 831,4	590,2	1 196,4	1 051,9	992,9			
	1964	1000	1 725,8	330,3	979,2		416,3	1 898,1	299,4	1 104,0		494,7	3 623,9	629,7	2 083,2		911,0			
Ungültige Stimmen ²⁾	1968	1000	42,4	5,0	14,7	10,6	12,1	42,3	4,7	14,5	13,8	9,3	84,7	9,7	29,2	24,4	21,4			
		%	2,3	1,7	2,4	2,3	2,7	2,1	1,6	2,4	2,3	1,7	2,2	1,6	2,4	2,3	2,2			
	1964	%	2,7	1,9	2,9		3,0	2,0	1,8	2,4		1,4	2,4	1,8	2,6		2,1			
Gültige Stimmen ³⁾	1968	1000	1 768,1	295,5	587,6	450,3	434,6	1 978,6	285,1	579,5	577,1	536,9	3 746,7	580,6	1 167,2	1 027,4	971,5			
	1964	1000	1 679,7	324,0	951,5		404,2	1 859,0	293,9	1 077,7		487,4	3 538,7	617,9	2 029,2		891,6			
	Veränderung	%	5,3	- 8,8	9,1		7,5	6,4	- 3,0	7,3		10,2	5,9	- 6,0	8,2		9,0			
davon CDU	1968	1000	657,4	112,7	213,4	157,7	173,5	992,8	141,1	273,5	281,3	296,8	1 650,1	253,8	486,9	439,1	470,4			
		%	37,2	38,1	36,3	35,0	39,9	50,2	49,5	47,2	48,7	55,3	44,0	43,7	41,7	42,7	48,4			
	1964	1000	688,3	138,3	372,9		177,0	936,8	151,7	518,6		266,4	1 625,0	290,0	891,5		443,5			
		%	41,0	42,7	39,2		43,8	50,4	51,6	48,1		54,7	45,9	46,9	43,9		49,7			
	Veränderung	1000	- 30,9	-25,6	- 1,8		- 3,5	56,0	-10,6	36,2		30,4	25,1	-36,2	34,5		26,9			
		%	- 4,5	-18,5	- 0,5		- 2,0	6,0	- 7,0	7,0		11,4	1,5	-12,5	3,9		6,1			
SPD	1968	1000	554,6	92,4	191,1	136,5	134,5	538,8	77,6	168,2	154,4	138,6	1 093,3	170,0	359,3	290,9	273,1			
		%	31,4	31,3	32,5	30,3	30,9	27,2	27,2	29,0	26,8	25,8	29,2	29,3	30,8	28,3	28,1			
	1964	1000	697,5	138,2	410,0		149,2	632,5	105,6	381,3		145,5	1 329,9	243,9	791,3		294,7			
		%	41,5	42,7	43,1		36,9	34,0	35,9	35,4		29,9	37,6	39,5	39,0		33,1			
	Veränderung	1000	- 142,9	-45,8	- 82,4		-14,7	- 93,7	-28,0	- 58,7		- 6,9	- 236,6	-73,9	- 141,1		-21,6			
		%	- 20,5	-33,1	- 20,1		- 9,9	- 14,8	-26,5	- 15,4		- 4,7	- 17,8	-30,3	- 17,8		- 7,3			
FDP/DVP	1968	1000	263,2	49,6	85,6	64,9	63,1	271,4	44,1	80,0	82,2	65,0	534,6	93,7	165,7	147,1	128,1			
		%	14,9	16,8	14,6	14,4	14,5	13,7	15,5	13,8	14,2	12,1	14,3	16,1	14,2	14,3	13,2			
	1964	1000	235,3	41,0	137,0		57,3	225,0	31,0	138,4		55,5	460,3	72,0	275,4		112,9			
		%	14,0	12,7	14,4		14,2	12,1	10,5	12,8		11,4	13,0	11,7	13,6		12,7			
	Veränderung	1000	27,9	8,6	13,5		5,8	46,4	13,1	23,8		9,5	74,3	21,7	37,4		15,2			
		%	11,9	21,0	9,9		10,1	20,6	42,3	17,2		17,1	16,1	30,1	13,6		13,5			
DL	1968	1000	49,6	7,8	15,7	12,8	13,4	35,2	6,5	9,4	10,9	8,4	84,8	14,3	25,1	23,7	21,7			
		%	2,8	2,6	2,7	2,8	3,1	1,8	2,3	1,6	1,9	1,6	2,3	2,5	2,2	2,3	2,2			
NPD	1968	1000	237,8	32,3	80,0	76,9	48,6	134,6	15,1	46,6	46,6	26,3	372,4	47,3	126,7	123,5	75,0			
		%	13,4	10,9	13,6	17,1	11,2	6,8	5,3	8,0	8,1	4,9	9,9	8,1	10,9	12,0	7,7			
Sonstige	1968 ⁴⁾	1000	6,4	0,9	2,0	1,6	1,9	5,0	0,8	1,4	1,5	1,4	11,4	1,6	3,4	3,1	3,2			
		%	0,4	0,3	0,3	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3			
	1964 ⁴⁾	1000	63,8	8,2	35,6		20,0	59,6	5,6	37,1		16,9	123,4	13,8	72,6		37,0			
		%	3,8	2,5	3,7		4,9	3,2	1,9	3,4		3,5	3,5	2,2	3,6		4,1			
	Veränderung	1000	- 57,4	- 7,3	- 32,0		-18,1	- 54,6	- 4,8	- 34,2		-15,5	- 112,0	-12,2	- 66,1		-33,8			
		%	- 90,0	-89,0	- 89,9		-90,5	- 91,6	-85,7	- 92,2		-91,7	- 90,8	-88,4	- 91,0		-91,4			

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹⁾ Ohne Briefwähler. — ²⁾ Ohne Stimmen der Briefwähler. — ³⁾ AUD, FSU, Einzelbewerber. — ⁴⁾ GDP, DFU, DG, Einzelbewerber.

wurde, die SPD mehr von den männlichen Wählern und denen im Alter von 30 bis unter 45 Jahren. Auch die FDP/DVP fand mehr Anklang bei den männlichen Wählern, im Gegensatz zur SPD und vor allem zur CDU entschieden sich relativ am häufigsten die jüngeren Wähler für diese Partei. Ein fast extrem starker Anteil an Männerstimmen war bei der NPD festzustellen, die vor allem die Wähler im Alter von 45 bis unter 60 Jahren anzusprechen vermochte, jedoch weit weniger die Jungwähler, wie das einige Prognosen wissen wollten.

Der Vergleich zu 1964

Gegenüberstellungen der Wahlergebnisse von 1968 und 1964 sind nur in begrenztem Umfang möglich, weil nur drei der an der Landtagswahl 1968 teilnehmenden Parteien, nämlich CDU, SPD und FDP/DVP, auch schon 1964 vertreten waren. Trotzdem erscheint dieser Vergleich äußerst interessant, weil er das Abschneiden dieser Parteien unter geänderten politischen Verhältnissen zeigt. 1964 waren im Bund und im Land CDU und FDP/DVP in Regierungskoalitionen vereinigt, 1968 gingen indessen die Koalitionspartner CDU und SPD in den Wahlkampf gegen eine FDP/DVP, die seit Ende 1966 im Bund und

im Land in der Opposition war. Außerdem hatte sich das politische Bild durch das Auftreten der NPD gewandelt, die im Lauf der Landtagswahlperiode erstmals an einer Parlamentswahl in Baden-Württemberg teilnahm und bei den Wahlen zum fünften Deutschen Bundestag 1965 im Land auf 2,2% der gültigen Zweitstimmen kam. Es waren also mehrere offene Fragen, die den Wählern bei der Landtagswahl 1968 gestellt waren. Wie würden sie sich zu der Koalition stellen, wie zur oppositionellen FDP/DVP und wie zu den bislang nicht im Landtag vertretenen Parteien NPD und DL? Für die beiden letztgenannten Parteien ist diese Frage bereits mit der Darstellung des Wahlergebnisses 1968 beantwortet worden, nun also zu den bereits 1964 vertretenen Parteien.

Die CDU gewann 1968 gegenüber 1964 im Schnitt 1,5% der Stimmen hinzu, gegen die 5,9% Zuwachs an gültigen Stimmen überhaupt also eine weit unterdurchschnittliche Zunahme, die sich in einer Abnahme des Stimmenanteils von 45,9% auf 44,0% auswirkte. Dabei ist besonders interessant die Tatsache, daß die CDU gegenüber 1964 knapp 31 000 Männerstimmen (- 4,5%) verlor, während sie auf der anderen Seite 56 000 Frauenstimmen (+ 6,0%) mehr bekam. Die höchsten

Stimmenverluste der CDU waren bei den männlichen Wählern im Alter von 21 bis 29 Jahren ($-18,5\%$ gegenüber $-8,8\%$ bei den gültigen Stimmen überhaupt) zu beobachten, die höchsten Stimmengewinne bei den über 60jährigen Frauen ($+11,4\%$ gegenüber $+10,2\%$). Insgesamt war die Bilanz der CDU bei den Männern aller Altersgruppen negativ, desgleichen bei den unter 30jährigen Frauen. Die über 30jährigen Wählerinnen verhalten der CDU in etwa zu einer Wahrung ihres „Besitzstandes“ von 1964.

Demgegenüber mußte die SPD bei beiden Geschlechtern und allen Altersgruppen mehr oder minder starke Verluste hinnehmen. Im Durchschnitt ergab sich ein Minus von $17,8\%$ der Stimmzahl im Jahr 1964, bei den Männern mit $-20,5\%$ ein relativ höheres als bei den Frauen mit $-14,8\%$. Besonders stark waren die Abnahmen der SPD-Stimmenzahlen bei den unter 30 Jahre alten Männern ($-33,1\%$) und Frauen ($-26,5\%$), am geringsten bei den über 60jährigen Wählern ($-9,9\%$ bzw. $-4,7\%$). So liegt es auf der Hand, daß der SPD-Stimmenanteil bei allen genannten Wählergruppen rückläufig war, im Schnitt ging er von $37,6\%$ auf $29,2\%$ zurück. Einen Stimmenanteil von über 30% hatte die SPD 1968 nur noch bei den männlichen Wählern, bei den Frauen lag er durchweg darunter. Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß die SPD noch mehr verloren hätte, wenn sich die Frauen in ähnlichem Maße von der SPD abgewandt hätten wie die Männer. In absoluten Zahlen ausgedrückt verlor die SPD 236 600 Stimmen, und zwar 142 900 Männer- und 93 700 Frauenstimmen.

Genau umgekehrt verhielt es sich bei der FDP/DVP, die bei beiden Geschlechtern und bei allen Altersgruppen nicht unerhebliche Gewinne zu verzeichnen hatte. Relativ am stärksten war der Zuwachs bei den Frauen ($+20,6\%$) und den jüngeren Wählern unter 30 Jahren ($+30,1\%$), verhältnismäßig am schwächsten bei den im mittleren Alter stehenden Männern und den über 60jährigen Frauen. Der Stimmenanteil dieser Partei nahm ebenfalls bei Männern und Frauen aller Altersgruppen zu. Dem Gesamtzuwachs um 74 300 Stimmen ($+16,1\%$) liegt ein Mehr an Männerstimmen von 27 900 und an Frauenstimmen von 46 400 zugrunde ($11,9\%/20,6\%$).

Fassen wir kurz zusammen. Die Landtagswahl 1968 hat der CDU bei einzelnen Wählergruppen nicht unerhebliche Verluste und bei einigen nicht allzu große Stimmengewinne gebracht. Empfindliche Einbußen gab es vor allem bei den Wählern unter 30 Jahren; die Abnahme der CDU-Stimmen war bei dieser Altersgruppe gut doppelt so hoch wie die relative Verminderung der Gesamtzahl gültiger Stimmen, die vornehmlich auf das Hereinwachsen der geburtschwachen

Kriegsjahrgänge in das wahlfähige Alter zurückgeht. Bemerkenswerterweise waren auch die SPD-Verluste bei dieser Altersgruppe relativ am größten und umgekehrt die FDP/DVP-Gewinne. In dieser Sicht kann man in etwa von der „reagibelsten“ Wählerschicht sprechen, nicht dagegen im Blick auf die NPD, die von den unter 30jährigen Wählern weniger gewählt wurde als im Durchschnitt. Doch zurück zu CDU und SPD, bei denen jeweils Abnahmen der Männerstimmen zu beobachten waren, bei der CDU allerdings in weit geringerem Maße als bei der SPD. Während nämlich die CDU beispielsweise ihre Stimmzahl von 1964 bei den 30- bis unter 60jährigen Männern in etwa halten konnte – dabei aber indirekt durch die Zunahme der Gesamtstimmzahl doch verlor, ging die Zahl der SPD-Wähler um ein Fünftel zurück, ein ungleich stärkerer Verlust also. Vollends unterschiedlich war die Entwicklung der Stimmzahlen der Frauen. Die CDU gewann Frauenstimmen, die SPD büßte ein, und zwar jeweils nicht unerheblich. Ganz anders das Wahlergebnis der FDP/DVP, die bei allen Wählergruppen einen Anstieg verzeichnen konnte, bei den Frauen einen relativ größeren als bei den Männern, bei den jüngeren einen verhältnismäßig stärkeren als bei den älteren Wählern. Bei den Männern und Frauen aller Altersgruppen waren die relativen Zunahmen höher als der Zuwachs an gültigen Stimmen, bemerkenswerterweise auch bei den Wählergruppen, deren Stimmengewicht gegenüber 1964 durchschnittlich abnahm – ein Ergebnis, das sich von dem Abscheiden der CDU und vor allem der SPD sehr deutlich unterscheidet. Gingen nämlich bei der CDU die Stimmenanteile bei fast allen Wählergruppen etwas und bei der SPD durchweg und beachtlich zurück, so konnte die FDP/DVP bei allen Wählergruppen ihre Stimmenprozente verbessern.

Ursachen ungültiger Stimmenabgabe

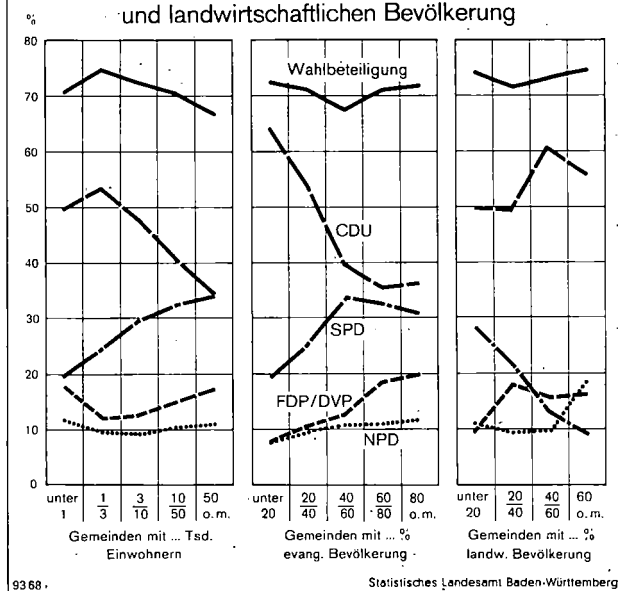
Eine Sonderuntersuchung der Repräsentativen Landtagswahlstatistik galt dem Problemkreis ungültige Stimmen. Im Durchschnitt waren $2,3\%$ der Männer- und $2,1\%$ der Frauenstimmen ungültig. Die Frage, warum insgesamt $2,2\%$ aller Stimmabgaben für ungültig erklärt werden mußten, ist etwa wie folgt zu beantworten: In 40% der Fälle enthielt der Wahlzettel mehrere Kennzeichnungen, das heißt, es waren mehrere Parteien mit einer Stimme bedacht worden. Weitere 35% der ungültigen Wahlzettel enthielten überhaupt keine Eintragungen, und knapp 22% waren durchgestrichen. Bei fast 2% der ungültigen Stimmabgaben enthielt der Wahlumschlag keinen Wahlzettel. Alle anderen Ungültigkeitsursachen, wie etwa gegen die guten Sitten oder die verfassungsmäßige Ordnung verstoßende Zusätze auf den Wahlzetteln, kamen äußerst selten vor.

Tabelle 3 Stimmengewicht der einzelnen Wählergruppen bei den Landtagswahlen 1968 und 1964 (alle Angaben in %)

Bezeichnung	Männer					Frauen					Männer und Frauen				
	insgesamt	im Alter von ... Jahren				insgesamt	im Alter von ... Jahren				insgesamt	im Alter von ... Jahren			
		21-29	30-44	45-59	60 oder mehr		21-29	30-44	45-59	60 oder mehr		21-29	30-44	45-59	60 oder mehr
Landtagswahl 1968															
Gültige Stimmen ¹⁾ überhaupt	47,2	7,9	15,7	12,0	11,6	52,8	7,6	15,5	15,4	14,3	100	15,5	31,2	27,4	25,9
Gültige Stimmen ¹⁾ für															
CDU	39,8	6,8	12,9	9,6	10,5	60,2	8,6	16,6	17,0	18,0	100	15,4	29,5	26,6	28,5
SPD	50,7	8,5	17,5	12,5	12,3	49,3	7,1	15,4	14,1	12,7	100	15,5	32,9	26,6	25,0
FDP/DVP	49,2	9,3	16,0	12,1	11,8	50,8	8,2	15,0	15,4	12,2	100	17,5	31,0	27,5	24,0
DL	58,5	9,2	18,5	15,1	15,8	41,5	7,7	11,1	12,9	9,9	100	16,9	29,6	27,9	25,6
NPD	63,9	8,7	21,5	20,6	13,1	36,1	4,1	12,5	12,5	7,1	100	12,7	34,0	33,2	20,1
Landtagswahl 1964															
Gültige Stimmen ¹⁾ überhaupt	47,5	9,2	26,9		11,4	52,5	8,3	30,5		13,8	100	17,5	57,3		25,2
Gültige Stimmen ¹⁾ für															
CDU	42,4	8,5	22,9		10,9	57,6	9,3	31,9		16,4	100	17,8	54,9		27,3
SPD	52,4	10,4	30,8		11,2	47,6	7,9	28,7		10,9	100	18,3	59,5		22,2
FDP/DVP	51,1	8,9	29,8		12,4	48,9	6,7	30,1		12,1	100	15,6	59,8		24,5

¹⁾ Ohne Stimmen der Briefwähler.

Wahlbeteiligung und Stimmabgabe bei der Landtagswahl 1968 nach Gemeindegrößenklassen sowie Anteil der evangelischen und landwirtschaftlichen Bevölkerung



Gemeindestruktur und Wahlverhalten

Weitere interessante Einblicke in das Wahlverhalten der Bevölkerung vermittelt die Untergliederung der Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen sowie nach den Strukturmerkmalen *evangelische, katholische und landwirtschaftliche Bevölkerung*. Das zur Ermittlung der Daten angewandte Stichprobenverfahren liefert in dieser Beziehung allerdings nur Annäherungswerte, weil sich die gewählten Kriterien auf die Gesamtgemeinde beziehen und nicht speziell auf die in die Stichprobe einbezogenen Wahlbezirke. Vergleiche mit früheren Totalauswertungen zeigen aber, daß durchaus brauchbare Resultate mit dieser Methode zu erzielen sind.

Die Untergliederung der Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen benutzt man gewöhnlich für eine Umschreibung der Verhältnisse in Stadt und Land. Folgt man dieser Darstellungsweise, so ergibt sich, daß die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 1968 in den kleinen, „ländlichen“ Gemeinden unter 1000 Einwohnern etwa gleich groß war wie im Landesdurchschnitt; nicht zu verwechseln sind damit allerdings die bäuerlichen Gemeinden unter 3000 Einwohnern und mit

relativ hohem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, in denen die Wahlbeteiligung durchweg überdurchschnittlich war. Bei der ersten Gemeindegruppe handelt es sich nämlich vielfach um sogenannte Arbeiterwohngemeinden – teilweise in der Nähe von größeren Städten, in denen das Moment der Gemeindegröße mehr oder weniger überdeckt wird durch Verhaltensweisen aus anderen Lebensbereichen. Dies zeigt sich auch darin, daß mit wachsender Gemeindegröße, in der Regel ein Indiz für die Überlagerung landwirtschaftlicher Grundstrukturen, die Wahlbeteiligung von dem bei Mittelgemeinden bis zu 3000 Einwohnern zu beobachtenden Höchstwert kontinuierlich abfällt. Dieser Rückgang war allerdings weit geringer als der Abfall der CDU-Stimmenprozente mit wachsender Gemeindegröße und umgekehrt der Anstieg des SPD-Anteils, während der Prozentsatz der FDP/DVP nicht ganz so stark differenziert war. Weit größere Unterschiede zeigen sich bei der Untergliederung nach der Religionszugehörigkeit der Bevölkerung. In den fast ganz katholischen Gemeinden war der CDU-Anteil nahezu doppelt so groß wie in den nahezu rein evangelischen Gemeinden, dasselbe gilt umgekehrt für den Anteil der FDP/DVP. Bei der SPD betrug der Abstand zwischen fast rein katholischen Gemeinden (unter 20 %) und beinahe ganz evangelischen Gemeinden (über 30 %) immerhin die Hälfte. Allerdings sei nicht unerwähnt, daß sich in diesen Verhältnissen auch ein Zusammenhang damit abzeichnet, daß die evangelische Bevölkerung mehr in den Städten und die katholische mehr im ländlichen Raum wohnt, so daß eine ausschließliche Interdependenz zwischen Konfessionszugehörigkeit und Wahlentscheidung keineswegs gegeben ist. Interessant erscheint aber immerhin, daß auch der Stimmenanteil der NPD mit wachsendem Anteil der evangelischen Bevölkerung steigt. Dasselbe gilt für den zunehmenden Anteil der bäuerlichen Bevölkerung, wobei allerdings nur Gemeinden bis zu 3000 Einwohnern untersucht wurden. Einschränkend ist hier indessen anzufügen, daß einiges dafür spricht, das Strukturmerkmal „landwirtschaftliche Bevölkerung“ in diesem Zusammenhang nicht isoliert zu betrachten. Wie der unterschiedliche Ausgang der Wahl in den landwirtschaftlich orientierten Gebieten Hohenlohes und Oberschwabens zeigt, müssen für die Wahlentscheidung dieses Personenkreises außer der Zugehörigkeit zur bäuerlichen Bevölkerung noch andere Faktoren ausschlaggebend gewesen sein.

In der Gesamtschau ergibt sich also, daß die CDU in den kleineren und mittleren sowie in den bäuerlichen Gemeinden wie auch in den Gebieten mit größerem Bevölkerungsanteil der Katholiken ihren stärksten Rückhalt fand, die SPD in den größeren Gemeinden und Städten, die im Durchschnitt mehr evangelische und nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung aufweisen. In etwa gilt dies auch für die FDP/DVP, während sich für die NPD keine ganz klaren Tendenzen abzeichnen.

Dr. Eberhard Gawatz

Meldepflichtige Krankheiten 1963 bis 1967

Die Angaben über die in den Berichtszeiträumen bekanntgewordenen Neuerkrankungen an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten sind aus den 52 Wochenberichten der Gesundheitsämter zusammengestellt, wobei die im Verlauf eines Jahres anfallenden Nachträge und Streichungen berücksichtigt wurden¹. Der Meldepflicht unterliegen die im „Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen“ vom 18. Juli 1961 (*Bundesseuchengesetz*) genannten Krankheiten. Gegenüber den früheren Bestimmungen wurde im Bundesseuchengesetz das Verzeichnis der Krankheiten sowie Art und Umfang der Meldepflicht zum Teil geändert. So unterscheidet das Bundesseuchengesetz (§ 3) vier Gruppen:

1. Meldepflicht für jeden Fall einer Erkrankung, des Verdachtes einer Erkrankung und eines Todes (20 Krankheiten und Krankheitsgruppen mit Untergliederung, darunter auch aktive Tuberkulose²).
2. Meldepflicht für jeden Fall einer Erkrankung und eines Todes (14 Krankheiten und Krankheitsgruppen mit Untergliederung).
3. Meldepflicht für jeden Todesfall (Virusgrippe, Keuchhusten, Masern).
4. Meldepflicht für jeden Ausscheider der Erreger von Enteritis infectiosa, Paratyphus A und B, bakterielle Ruhr und Typhus abdominalis.

¹ Die Ergebnisse nach Stadt- und Landkreisen werden im Statistischen Bericht A IV 4 – j, der alle gemeldeten Erkrankungen aufführt, veröffentlicht.

² Die Tuberkuloseerkrankungen werden gesondert ausgewiesen (vgl. Statistische Berichte A IV 5).